



Foto: Christian Jäger

Antifaschistischer Infolyer „Info Berlin – Spezial Neukölln 2“

Liebe Neuköllner_innen,

In ihren Händen halten Sie die zweite Ausgabe vom „Info Berlin – Spezial Neukölln“, einem Infoblatt antifaschistischer Gruppen aus Berlin. Wie schon in der ersten Ausgabe berichtet, existiert im Süden Neuköllns eine seit Jahren aktive Neonaziszene. Ihre Mitglieder sind auch berlinweit bedeutende Akteure. So ist der Neuköllner NPD-Chef Sebastian Thom Vorsitzender eines Vereins mit dem sich führende Berliner Neonazis tarnten, als sie ein Ladengeschäft in Lichtenberg als Veranstaltungsort und Materiallager anmieteten. Als im März diesen Jahres Durchsuchungen gegen Verantwortliche hinter der neonazistischen Internetseite „NW-Berlin“, auf der u.a. politische Gegner bedroht werden, stattfanden, waren auch Thom und ein weiterer Neuköllner Neonazi betroffen. Ihnen wird vorgeworfen kurz zuvor in Südneukölln großflächig Parolen gesprüht zu haben, die zu einer Neonazidemonstration in Dresden mobilisieren sollten und anschließend davon Fotos auf die Internetseite gestellt zu haben. Mangelnde politische Kompetenz und das Fehlen von festen eigenen Treffpunkten führen dazu, dass Neonazis in Neukölln vor allem durch Aktionismus auf der Straße versuchen auf sich aufmerksam zu machen. So kleben sie Plakate und sprühen NS-Parolen und Symbole. Sie gehen

auch mit Gewalt gegen politische Gegner und Migranten vor. Ende August wurde ein 17-jähriges Mitglied des Jugendverbandes „Falken“ in Britz von Neonazis angegriffen und verletzt, als er einen ihrer Aufkleber überklebt hatte. Dass Widerstand von Anwohnern seine Wirkung auf die Neonazis nicht verfehlt, ist im Treptow-Köpenicker Ortsteil Johannisthal zu beobachten. Eine rechte Clique um einen aus Rudow zugezogenen Neonazi, versuchte hier vergeblich Teilnehmer_innen eines antifaschistischen Spaziergangs zur Entfernung neonazistischer Propaganda und zwei gegen Rechts engagierte Lokalpolitiker einzuschüchtern.

Neben Kontaktmöglichkeiten zu antifaschistischen Initiativen und aktuellen Meldungen aus dem Bezirk, gibt es in der Ausgabe Hintergrundartikel zu rechten Umtrieben beim Fußballverein TSV Rudow, zur Kritik an der Politik von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, zur Verflechtung der NPD mit der Neonazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand Berlin“ und zum Versagen der Sicherheitsbehörden im Zuge der rassistischen Mordserie des „Nationalsozialistisches Untergrunds (NSU)“.

Wir wünschen ihnen viel Spaß beim Lesen. Für Rückfragen und Anregungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Inhalt

[Die Neuköllner Naziszene](#)

[Der TSV Rudow](#)

[Heinz Buschkowsky](#)

[NW Berlin und die NPD](#)

[Geheimdienst und NSU](#)

[Der Mord an Burak B.](#)

[Impressum:](#)

[Antifa Kampagne »Zeit zu handeln!«](#)

[Redaktionsschluss: 31.8.2012](#)

[Auflage: 2500 Stück](#)

[Kontakt:](#)

www.zeitzuhandeln.antifa.cc

zeit_zu_handeln@riseup.net

[V.i.S.d.P.](#)

[Felix Schmidt](#)

[Karl-Marx-Allee 44](#)

[1312 Berlin](#)

Die Neuköllner Naziszene: Brandanschläge, zersprengte Briefkästen, eingeworfene Fensterscheiben

„In Justizkreisen wird davon ausgegangen, dass es sich bei den Tätern um eine Clique junger Neonazis aus Johannisthal und Rudow handelt“ (Tagesspiegel vom 22.08.2012). Antifaschist_innen, die sich mit den neonazistischen Strukturen im Südosten Berlins gut auskennen, können das ausdrücklich bestätigen.



Das Profil von 3 aktuellen Anschlägen auf Wohnungen von „Nazigegner_innen“ ist mit eingeworfenen Scheiben und durch Böller zersprengte Briefkästen deckungsgleich und weist auf ein und dieselbe Täter_innengruppe hin.

Im November 2011 werden mehrere Fenster einer Wohnung in der Britzer Hufeisensiedlung eingeworfen. Die Bewohner_innen hatten im Herbst 2011 mit NPD-Anhängern Streit bekommen weil sie die NPD-Wahl-Werbung nicht annehmen wollten. Anfang Juni 2012 wird bei der Britzer Familie der Briefkasten mit Böllern/Pyrotechnik gesprengt und Mitte Juli 2012 wurden dort wiederum Scheiben eingeworfen.

Das hier ein Zusammenhang zwischen dem Streit vom Herbst und den Anschlägen besteht kann wohl als definitiv gelten. In Neukölln/Britz/Buckow/Rudow waren beim Verteilen von Wahlwerbematerialien der NPD auch immer die Wahlbewerber Julian Beyer und Sebastian Thom dabei.

Im August 2012 wurden dann die Wohnhäuser des Bezirksverordneten in Treptow/Köpenick und engagierten Antifaschisten Hans Erleben (Die Linke) und des stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner Jungsozialisten Nico Schmolke von Neonazis angegriffen. In beiden Fällen waren zersprengte Briefkästen und eingeworfene Scheiben das Markenzeichen. Die beiden Politiker hatten vor kurzem einen antifaschistischen Kiezspaziergang in Johannisthal mitorganisiert bei dem neonazistische Propaganda im öffentlichen Raum entfernt wurde.

Dieser Kiezspaziergang und weitere antifaschistische Aktivitäten im Südosten Berlins werden immer wieder von jungen Neonazis beobachtet und bedroht bis hin zu tätlichen Übergriffen. Und immer wieder ist Julian Beyer mit dabei.

Auf einer Industriebrache am Segelflieger Damm im Treptow/Köpenicker Stadtteil Johannisthal wird am 23.04.2012 eine kleine Gruppe „Autonomer Nationalisten“ dabei beobachtet wie sie verumumt mit einem Transparent posieren und dabei Pyrotechnik entzünden. Auf dem Transparent steht [„Linke Strukturen Angreifen und Vernichten“](#). In der Gruppe befindet sich auch der Rudower Neonazi und NPD-Wahlbewerber zu den Berliner Wahlen im Herbst 2011 Julian Beyer. Die von der Aktion gemachten Fotos sind einen Tag später auf der Website der neonazistischen Kameradschaft „Freie Kräfte Neukölln“ unter der Überschrift: „Wo bleibt euer Widerstand? Bei uns startet schon der Angriff!“ zu finden. Im Zusammenhang mit den Anschlägen klingt das schon wie ein Bekenntnis.



[Julian Beyer gehört zu der Generation junger Neonazis die seit ca. 2004 von älteren Kadern angeleitet wurden](#) und dann auch z. B. rassistisch motivierte Brandanschläge und körperliche Gewalttaten gegen Menschen mit Migrationshintergrund und „politische Gegner_innen“ verübten. Einige „Jungnazis“ wie z. B. der Rudower Robert H. und Markus P. konnten wegen zwei Brandanschlägen auf Einfamilienhäuser von Migranten überführt und verurteilt werden. Julian Beyer jedoch stand zwar öfters unter Tatverdacht konnte aber nicht zweifelsfrei belangt werden.

Auch der Neuköllner NPD-Kreisvorsitzende und Wahlbewerber Sebastian Thom gehört zu dem Nachwuchs aus den Rudower „Nazistruk-

turen der Autonomen Nationalisten“ und ist ebenfalls immer wieder auffällig durch sein hohes Gewaltpotential. Im Wahlkampf hatte er gemeinsam mit Julian Beyer Personen angegriffen, die angeblich frisch geklebte NPD-Plakate wieder entfernt haben sollen.



Für die hohe Gewaltbereitschaft gibt es durchaus einen plausiblen Hintergrund, und der heißt Oliver Werner. Der mittlerweile 38jährige Werner gehörte zu den neonazistischen Strukturen der 90er in Berlin und ist mehrfach verurteilt worden u. a. wegen Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, Bildung eines bewaffneten Haufens, versuchte schwere Brandstiftung, unerlaubter Waffenbesitz und mehrmals wegen Bedrohung und Körperverletzung. Seinen Lebensunterhalt bestreitet Werner durch Zuhälterei und anderen Aktivitäten die im Milieu der „Organisierten Kriminalität“ angesiedelt sind. Besonders gut befreundet ist Oliver Werner mit dem NPDler [Sebastian Thom](#) und er gilt auch als dessen Mentor. Aber auch die gesamte Szene des Rudower „Nazinachwuchses“ profitierte von Werners rechtsterroristischen Erfahrungen.

In der Mitte der Gesellschaft

TSV Rudow und das Problem mit Neonazis

Am 22.04.2012 wollten beim Fußballspiel der Berlinliga zwischen Tennis Borussia und TSV Rudow 1888 bekannte Neuköllner Neonazis zusammen mit rechten Hooligans und einigen jugendlichen Rudow-Fans ins Charlottenburger Mommsenstadion gelangen. Im Vorfeld hatte die Polizei schon Erkenntnisse, war auf diese Personengruppe vorbereitet und teilte dies auch den Verantwortlichen von Tebe mit. Tennis Borussia ist überregional als ein Verein bekannt, der sich offen gegen neonazistisches Gedankengut ausspricht. Speziell der Tebe-Fanblock wendet sich bei jedem Spiel mit Transparenten und Sprechchören gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie. Somit ist Tennis Borussia ein Hassobjekt für Neonazis und auch anderen Menschen mit extrem rechter und rassistischer Denkstruktur. Diesbezüglich hat es sich Tebe zu eigen gemacht bei Heimspielen im Mommsenstadion genau hinzugucken wer das Stadion betritt und auch entsprechenden Personen den Zutritt zu verweigern. Insbesondere gilt das für Personen, die ihre extrem rechte Gesinnung über Kleidungsstücke vermitteln aber neuerdings auch für alle die nachweisbar etwas mit der „Naziszene“ zu tun haben – das ist von der Vereinsführung so abgesichert und wurde am 22. April vom Tebe-Ordnerdienst auch umgesetzt.

Somit wurde dem Neuköllner NPD-Vorsitzenden Sebastian Thom, dem NPD-Wahlkandidaten von 2011 Julian Beyer sowie den langjährigen „Nazi-Aktivist“ Patrick W. und Marcel K. der Zutritt zum Mommsenstadion verweigert. Desweiteren betraf das Stadionverbot auch Thomas Sch. und Timo L., die nach wie vor der Rudower „Naziszene“ zuzurechnen sind. Die ca. 25 Personen starke Rudower „Fangruppe“ solidarisierte sich mit den „Nazikameraden“ und fuhr wieder nach Hause.

Bereits am 30.10.2011 war es beim Hinspiel auf dem Sportplatz an der Stubenrauchstraße in Rudow zu rechten Pöbeleien gekommen, die durch „Nazi-Hools“ unter den Fans des TSV Rudow provoziert wurden. Während des Spiels und im Anschluß kam es zu unschönen Szenen die in der Tagespresse als Ausschreitungen hochstilisiert wurden für die die Tebe-Fans angeblich verantwortlich waren. In einer Stellungnahme der Leitung der Fußballabteilung des TSV Rudow heißt es dann aber richtigerweise „Die Fans von Tennis Borussia Berlin als Randalierer oder auch nur gewaltbereit zu bezeichnen, ist völlig überzogen!“. Weiter heißt es in der Stellungnahme „Hier wurde die Veranstaltung von Personen mißbraucht, die weder Anhänger, denn Fans der Fußballer des TSV Rudow 1888 e.V. sind!“. In diesem Teil der Stellungnahme wird vermutlich aus Unwissenheit ein Rudower Problem ausgelagert.

Das Problem ist die Rudower/Buckower Neonazi-Szene und ein gewisser Thomas Sch., der spätestens ab 2003 in der Neuköllner Neonazi-Szene aktiv war bzw. ist. Noch im Jahr 2010 nahm er aktiv an einer NPD-Veranstaltung in Buckow teil bei der er den Referenten chauffiert und das Rednerpult transportiert hat.

Aktuell ist Thomas Sch. mit Personen befreundet, die dem neonazistischen Netzwerk „Nationaler Widerstand-Berlin“ (NW-Berlin) zuzurechnen sind und verbringt auch seine Freizeit teilweise im „Nazimilieu“. In der Schöneweider Kneipe „Zum Henker“, die als ein zentraler Treffpunkt von Neonazis bekannt ist, ist [Thomas Sch. häufiger anzutreffen](#). Dort wird dann mit den wichtigsten Personen aus der Berliner „Nazi-



Szene“ gesoffen. [So macht er auch auf seinem Facebook-Profil kein Geheimnis daraus, dass er mit dem wichtigsten Neonazi von Berlin, nämlich dem aktuellen Vorsitzenden der Berliner NPD, Sebastian Schmidtke, gut befreundet ist.](#)

Thomas Sch. fungierte bei dem Spiel im Oktober 2011 als hauptverantwortlicher Platzordner und war augenscheinlich gut bekannt mit den zahlreichen rechten Hooligans der „Buckower Szene“ und der „Wannsee-front“, die ansonsten die Spiele von Hertha BSC regelmäßig besuchen. Besonders bei der „Buckower Szene“ gibt es auch enge Kontakte und Freundschaften mit organisierten Neuköllner Neonazis. Der Buckower Nazi-Hool Marek P., ein Freund von Thomas Sch., ist als besonders gewalttätig bekannt und war auch in der Südneuköllner Neonazi-Szene sowie der Neuköllner NPD aktiv. Auch in der „Wannsee-front“ ist extrem rechtes und rassistisches Denken zu Hause – die 1983 gegründete Hooligangruppe wurde schon damals von Polizei und Verfassungsschutz als neonazistisch eingestuft.

Der TSV Rudow ist ein traditionsreicher Sportverein mit einer Fußballabteilung die speziell im Jugendbereich gute Arbeit leistet. Im Verein haben selbstverständlich auch Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund ein zu Hause gefunden und tragen einen nicht unerheblichen Teil zu den sportlichen Erfolgen bei. Das ist Realität und das ist gut so.

Als Fazit : Thomas Sch. ist mitverantwortlich dafür, das Nazi-Hools beim Spiel so zahlreich anwesend waren und zu den negativen Begleiterscheinungen beigetragen haben. Sein extrem rechtes und rassistisches Weltbild wird offensichtlich in seinem nichtrechten Rudower Umfeld/Freundeskreis toleriert – und das ist Teil des Problems. Somit ist Thomas Sch. auch immer wieder die Schnittstelle zwischen tendenziell rassistisch denkenden Menschen aus seinem Umfeld zu den aktiven Rudower Neonazis. Als Beispiel kann da der Co-Trainer der 4. E - Jugend des TSV Rudow Steve M. gelten, der nachweislich die Rudower Neonazis Patrick W., Robert H., Marcel K. und Timo L. zu seinen Freunden zählt.

Die Verantwortlichen vom TSV Rudow sollten nicht stillschweigend zusehen wie sich neonazistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut an der Stubenrauchstraße breit macht.

Sie sind aufgefordert hier Schritte einzuleiten und das Problem zu lösen. Ein Anfang wäre es Personen die solches Gedankengut propagieren und Personen die nachweislich in der Berliner „Naziszene“ aktiv sind bzw. ihr nahe stehen, von allen Veranstaltungen des TSV Rudow auszuschließen. Wenn im Verein die Bereitschaft dafür vorhanden ist kann diese Option auch durchgesetzt werden – Tennis Borussia hat es vorge-macht



[Thomas Sch. im Gespräch mit den Rudower Neonazis Timo L., Marcel K. und dem Neuköllner NPD-Vorsitzenden Sebastian Thom vor dem Mommsenstadion.](#)

Foto: Theo Schneider

Heinz Buschkowsky: Zwischen Anpacker-Image und Wirklichkeit

Seit mehr als 11 Jahren ist Heinz Buschkowsky unangefochtener Bezirksbürgermeister von Neukölln. In der Öffentlichkeit wird in der Regel ein unhinterfragt positives Bild des unteretzten 63-jährigen Diplom-Verwaltungswirts gezeichnet. Er gilt als ein Politiker, der anpackt und die Probleme beim Namen nennt. Buschkowsky gefällt sich selbst in dieser Rolle und bemüht sich eifrig, diese durch immer neue Vorstöße zu festigen.

Auf Kritik an seinem selbstherrlichen Politikstil und populistischen Ausfällen reagiert er indes äußerst dünnhäutig. Kritischer Berichterstattung wird mit Briefen vom Rechtsanwalt begegnet. Wenn Neuköllnerinnen und Neuköllner sich in kritischen Kulturvereinen organisieren und sich deutlich gegen die vom bezirklich finanzierten Quartiersmanagement vorangetriebene rassistische und antiziganistische Stadtumstrukturierungen im Norden Neuköllns positionieren, lässt Heinz Buschkowsky diese durch Drohungen mit einer Streichung der Förderung mundtot machen. Dabei ist es bitter notwendig, seine Äußerungen zu benennen als das, was sie sind: Analysen auf Stammtisch-Niveau, die rassistische und sozialchauvinistische Vorurteile bedienen.



Dass die Thesen [des Sarrazin-Unterstützers Heinz Buschkowsky](#) so erfolgreich sind, hat vor allem auch damit zu tun, dass er das ausspricht, was tatsächlich von vielen gedacht wird. Der Gedanke, dass Menschen ohne Arbeit an ihrer Situation selbst schuld seien und sich einfach nicht genug anstrengen würden, ist weit verbreitet. Insbesondere Hartz IV-Betroffenen wird in den Boulevard-Medien und an den Stammtischen nur allzu gerne unterstellt, sie seien dumm, faul und gefräßig und würden nur den

Sozialstaat ausnutzen wollen. Dabei ist es mit dem Sozialstaat in Zeiten von Wirtschaftskrisen eh nicht mehr weit her. Die Leistungen werden systematisch heruntergefahren, wer aber in die Not gerät, diese in Anspruch nehmen zu müssen, gilt schnell als „Sozialschmarotzer.“

In diese Kerbe schlägt Buschkowsky, wenn er Eltern aus sozial benachteiligten Familien in Zeitungsinterviews vorwirft, ihren Kindern nicht beizubringen, mit Messer und Gabel zu essen und ihr Geld für Alkohol und Zigaretten auszugeben. Dass sein Appell an dieses sozialchauvinistische Vorurteil so erfolgreich ist, hängt eng mit dessen Funktion zusammen: Menschen, die gerade nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind, können sich so als fleißige und wertvolle Bürger_innen fühlen und von diesen abgrenzen. Die Betroffenen von Sozialleistungen werden für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht, die gesellschaftlichen Ursachen von Armut und Arbeitslosigkeit bewusst ausgeblendet. Die Tatsache, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft wie der BRD soziale Notlagen ein systemimmanentes Massenphänomen sind, bleibt unberücksichtigt. Noch härter trifft es diejenigen, die keinen deutschen Pass besitzen oder von der weißen, deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht als „deutsch“ anerkannt werden. Sie sind im Alltag ständig von rassistischer Ausgrenzung betroffen. Zudem wird, gerade wenn es immer weniger zum Verteilen gibt, der Ruf immer lauter, dass nur die etwas bekommen sollen, die „dazu gehören“, also als „deutsch“ wahrgenommen werden.

Die Hetze gegen das Zerrbild der vermeintlich „unproduktiven MigrantInnen“ zählt dann auch zu den bevorzugten Politikbereichen von Heinz Buschkowsky in der Öffentlichkeit. Er beteiligt sich in Interviews immer wieder lebhaft an der Debatte, die jahrzehntelang entrechtete und stigmatisierte Migrant_innen als „Integrationsverweigerer“ abstempelt und in der gleichzeitig alles abgewehrt wird, was eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe von Migrant_innen ermöglichen würde. So stellte Buschkowsky schon 2005 in der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ für sich fest, dass „Multikulti gescheitert“ sei und beklagte, dass Integrationsbeauftragte „Gutmenschen“ und „sozialromantische MultiKulti-Träumer“ seien. 2009 legte er mit Forderungen etwa nach einer Verbannung von nicht-deutschen Laden-schildern von Neuköllns Straßen nach. Besonders häufig zum Ziel von Buschkowsky-Attacken werden als muslimisch identifizierte Migrant_innen. Kinder aus muslimischen Familien würden in Moscheen einer Gehirnwäsche unterzogen und würden auf Grund ihrer Erziehung zu Gewalttätigkeit neigen, behauptete er. Um die Lösung real

existierender Probleme geht es Buschkowsky nicht. So musste nach jahrelanger erfolgreicher unabhängiger und selbstorganisierter Jugendarbeit der Träger des Jugendclubs „Manege“ im Nordneuköllner Reuter-Kiez aufgeben und dem bezirklichen Prestigeprojekt „Campus Rütli“ weichen.

Auffällig still wird es um den ansonsten wortgewaltigen „Macher“ Buschkowsky indes, wenn es um das Problem mit Neonazis in Neukölln geht. Eine klare Positionierung bleibt hier ebenso aus wie konkrete Maßnahmen abseits von Lippenbekenntnissen. Wenn Heinz Buschkowsky sich zum Thema äußert, dann relativiert und verharmlost er regelmäßig das Neonaziproblem. In einer Debatte der Bezirksverordnetenversammlung um eine Entschließung, die „Rechts- und Linksextremismus“ gleichsetzte und auch mit den Stimmen der beiden damaligen NPD-Verordneten verabschiedet wurde, verglich Buschkowsky die rassistischen Brandanschläge mit Molotov-Cocktails auf Wohnhäuser von Migrant_innen in Rudow 2008 mit einer linken Aktion in einem Büro eines Quartiersmanagement. Die Aktivist_innen hatten dabei Papierschnipsel geworfen und Plakate an die Wände geklebt, um gegen die Ausgrenzungs- und Verdrängungspolitik des Quartiersmanagement zu protestieren. Dieser Vergleich ist eine Verhöhnung der Opfer rassistischer Gewalt.

[Die geschilderten Beispiele zeigen exemplarisch, dass von dem medial vermittelten positiven Image von Heinz Buschkowsky bei näherer Betrachtung nichts übrig bleibt. Buschkowsky schafft vielmehr ein Klima der Ausgrenzung und Vorurteile, die mit einer freien und solidarischen Gesellschaft, die wir fordern, nicht vereinbar sind.](#)

Die NPD und das Neonazinetzwerk „NW Berlin“: Gewalt als Bindeglied

Im November 2011 schreckte die Aufdeckung des Terrornetzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) die Öffentlichkeit und die Politik auf. Was so schockierte: das Ausmaß der durch den NSU verübten Verbrechen. Die drei aus Jena stammenden Neonazis der NSU begingen mindestens zehn Morde, zwei Anschläge mit mehreren Verletzten und 14 Banküberfälle. Politik und Medien blendeten in ihren Reaktionen dabei komplett aus, dass Anschläge sowie durch Neonazis und Rechte verübte Morde eine traurige Alltagsrealität darstellen – auch in Berlin-Neukölln.

Berlin ist ein Pflaster, auf dem von organisierten Neonazis eine Vielzahl von Straftaten verübt werden. Es handelt sich in der Mehrzahl zwar um Sachbeschädigungen. Allerdings ist es bei einigen nur dem Zufall zu verdanken, dass dabei noch kein Mensch ums Leben gekommen ist. Erst jüngst warfen Berliner Neonazis wieder bei antifaschistisch engagierten Bürgern die Fensterscheiben ihrer Wohnhäuser ein, sprengten ihre Briefkästen. Neben Sprühereien, eingeschlagenen Fensterscheiben, Bedrohungen und körperlichen Übergriffen gehen sogar Brandanschläge auf das Konto der Rechten. Viele der Straftaten, insbesondere die Brandanschläge auf ein Wohnhaus in Rudow im Jahr 2008 und gegen das „Anton-Schmaus Haus“ 2010 und 2011 konnten nicht aufgeklärt werden.

Die Nazis machen keinen Hehl daraus, dass sie so ihre politischen Ziele durchzusetzen. So gab es auch nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde in den Reihen der Berliner Neonazis offene Sympathiebekundungen für die Naziterroristen.

Der Kern der gewaltbereiten Neonaziszene ist in Berlin gleichzeitig in so genannten freien Kameradschaften und in der Partei NPD organisiert. Während die NPD, auch zu Wahlen antritt und Gelder durch Mandate aus der Staatskasse erhält, handelt es sich bei den Kameradschaften um Zusammenschlüsse, die nicht vereinsmäßig organisiert sind. Anders als die NPD müssen diese „freien“ Nazigruppierungen nicht ständig auf ihre öffentliche Darstellung achten, sondern agieren mehr im Verborgenen. Über der NPD hingegen hängt seit vielen Jahren die Verbotsdrohung und zwingt ihre Mitglieder dazu kriminelle Aktivitäten unter anderen Namen wie der des „Nationalen Widerstandes Berlin“ laufen zu lassen.

Dass die Trennung zwischen freien Kameradschaften und der NPD im Berliner Raum allenfalls ein Lippenbekenntnis der Neonazis darstellt, belegen zahlreiche personelle Überschneidungen. [So ist Sebastian Schmidtke, Vorsitzender der Berliner NPD, eine der zentralen Figuren des Berliner „Nationalen Widerstandes“ \(NW\).](#) Auf der Internetseite des NW-Berlin werden Namen und



Adressen von vermeintlichen Antifaschist_innen gesammelt bzw. veröffentlicht und über seinen Verteiler zu Übergriffen aufgerufen. Dass diese Aufrufe auch in die Tat umgesetzt werden, zeigen die mehrfachen Brandstiftungen der letzten Jahre auf das von den Neuköllner Falken betriebene „Anton-Schmaus Haus“ sowie mehrere alternative Wohn- und Kulturprojekte. Alle Anschlagstiele finden sich auch auf der Liste des NW. Die Neonazis nehmen in Kauf, dass durch diese Anschläge Menschen ums Leben kommen können.

Obwohl viele Hinweise Sebastian Schmidtke als Verantwortlichen der Seite des NW-Berlin offenbarten, blieb dies lange Zeit für ihn ohne Konsequenzen. Erst auf massiven öffentlichen Druck ermittelt die Berliner Polizei gegen Schmidtke wegen übler Nachrede, Beleidigung, Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten und Sachbeschädigung. Am 23.03.2012 wurden daher Schmidtkes Wohnung und seine Geschäftsräume durchsucht. Es wurden unter anderem Musik-CDs mit volksverhetzenden Inhalten beschlagnahmt, die für den Verkauf bestimmt waren.

Eine Demonstration ihrer Gewaltbereitschaft bekundeten die Berliner Neonazis auch bei einer der unzähligen durch Schmidtke angemeldeten Demonstrationen mit dem Motto „Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff“. Dort kam es zu Angriffen auf Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen. Im Rahmen eines weiteren rechten Aufzuges im Jahr 2011 griffen die Neonazis das Verlagshaus der „Jungen Welt“ in Mitte an.

Als Beispiel der gewaltbereiten Rechten im Bezirk Neukölln ist der 22-jährige Julian Beyer, zuletzt NPD-Kandidat bei den Neuköllner Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung und Teil der Autonomen Nationalisten hervorzuheben. Bereits mit 16 Jahren war Beyer in Schönefeld an einem Angriff auf andere Jugendliche beteiligt – er schlug mit einem Stein auf den Kopf eines Opfers ein. Wegen psychischer Erkrankungen blieb die Tat für ihn ohne Konsequenzen. 2008 stand er unter Verdacht zwei rassistisch motivierte

Brandanschläge in Rudow angezettelt zu haben. Im Jahr 2010 geriet Beyer in das Visier ein Hintermann beim Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ im brandenburgischen Zossen zu sein. Im Mai 2011 griff er während einer NPD-Veranstaltung einen Journalisten an, wofür das Gericht ihn zu einer Geldstrafe verurteilte. Im August 2011 attackierte er in Britz mit Messer und Pfefferspray bewaffnet zusammen mit dem Neuköllner NPD-Kreisvorsitzenden Sebastian Thom drei Personen an, welche angeblich NPD-Plakate abgehängt hatten.

Bei Thom handelt es sich um einen weiteren schlagkräftigen Kameraden aus Neukölln. Er war bereits 2006 an einem Überfall auf einen Linkspartei-Wahlstand und einen Infostand des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts“ in Rudow beteiligt. Aus einer Gruppe von 12-15 Nazis heraus feuerte er mehrfach mit pyrotechnischer Munition auf den Stand und wurde dafür verurteilt. 2011 trat er auf Platz acht der NPD-Liste für die Abgeordnetenhauswahl an. Thom mietete zudem in Lichtenberg ein Ladengeschäft an, um dort für Kameradschaftsstrukturen einen zentralen Anlaufpunkt aufzubauen. Erst nachdem die Anmietung durch Antifaschist_innen aufgedeckt wurde, kündigte der Vermieter den Vertrag. Doch bis heute existiert der Laden fort und diente auch als Wahlkampflager der NPD.

Es ist offensichtlich, dass der „rechte Terror“ nicht von Einzeltätern wie dem NSU verübt wird, die losgelöst von Gesellschaft und Nazinetzwerken agieren. Oben genannte Beispiele von Neonazis, deren Biographien mit Ereignissen rechter Gewalttaten gespickt sind, sind keine Seltenheit. Vielfach unbehelligt vermögen sie über Jahre ihre Übergriffe zu verüben und sind doch für Nachbar_innen der nette Mann von nebenan.

[Es gilt daher auch für die Zukunft die Aktivitäten von Neonazis zu beleuchten und in die Öffentlichkeit zu bringen. Nur durch das Aufdecken der Hintergründe ist es möglich, die Sprachlosigkeit zu überwinden und öffentlichen Druck gegen die Verantwortliche in der Politik und den Sicherheitsbehörden aufzubauen. Aufgabe antifaschistischer Arbeit ist dabei der Alltäglichkeit rechter Politik entgegenzuwirken.](#)

Versagen, verharmlosen, verschleiern: Über den Aufklärungswillen von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden

Es war schon dunkel, als der Beamte der Bundespolizei nach Dienstschluss noch einmal an seine Arbeitsstelle zurückkehrte. Am 9. Dezember vergangenen Jahres fuhr der Mann in seinem Büro in der Dienststelle in Swisttal bei Bonn seinen PC hoch und löschte einen brisanten Datensatz. Es ging um Handydaten aus dem derzeit wichtigsten Strafverfahren Deutschlands – den Ermittlungen gegen die mutmaßliche rechte Terrorzelle »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU).

Andreas Förster

Der Beamte arbeitet im Bundespolizei-Referat 55 und ist dort auf die technische Auswertung von Mobiltelefonen spezialisiert. Durch seine Hände ging auch ein Handy des am 24. November 2011 festgenommenen mutmaßlichen NSU-Helfers André Eminger. Das BKA hatte das Mobiltelefon dem Forensik-Referat in Swisttal zur Auswertung übergeben. Nachdem der Computerexperte eine DVD mit den ermittelten Daten aus Emingers Handy, darunter angerufene Telefonnummern und gespeicherte SMS, an das BKA übersandt hatte, kam von dort am 9. Dezember vergangenen Jahres per E-Mail die Weisung, die Handydaten im Computer des Referats zu löschen. Der Beamte gehorchte widerspruchslos, dabei war weder seine Referatsleitung informiert worden, noch gab es einen schriftlichen Löschungsbefehl aus der Leitungsebene des Bundeskriminalamtes. Und auch die Bundesanwaltschaft, eigentlich Herrin des Ermittlungsverfahrens, wusste von nichts.

BKA-Chef Jörg Ziercke sprach später von einem ganz normalen Vorgang, man habe nur verhindern wollen, dass zuviele Daten in zu vielen Behörden vorhanden seien. Aber normal war dieses Vorgehen eben nicht, weshalb auch das Bundesinnenministerium eine Stellungnahme vom BKA erbat. Denn eine Löschung von Daten in einem Strafverfahren ist ein rechtswidriger

Vorgang, der einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Dienstpflicht darstellt. Muss die Bundespolizei doch sämtliche Ermittlungsergebnisse aufbewahren, mindestens bis zum rechtsgültigen Abschluss eines möglichen Gerichtsverfahrens. Schließlich könnten die Forensik-Experten aus dem Referat 55 als wichtige Zeugen in einem Prozess über die von ihnen technisch wieder hergestellten Daten Auskunft geben müssen.

Es ist dies nicht der einzige, jüngst ans Licht gekommene Vorgang, der neue Fragen nach der Rolle der Sicherheitsbehörden im NSU-Fall stellt. Es wurde auch bekannt, dass sich der sächsische Verfassungsschutz im vergangenen November bei der Nachfrage nach eben jenem mutmaßlichen NSU-Helfer André Eminger zunächst völlig ahnungslos zeigte; erst nach dessen Festnahme zwei Wochen später rückte man dann doch die über Jahre hinweg gesammelten Erkenntnisse über den Mann an die Ermittler heraus, auch diesmal nicht vollständig. Und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz spielte falsch: Als das BKA nach Informationen über den inzwischen inhaftierten möglichen NSU-Unterstützer Matthias Dienelt fragte, teilte die Kölner Behörde am 20. November 2011 schriftlich mit, man wisse nichts über den Mann. Tatsächlich aber ist Dienelt seit Jahren im GDS-Speicher erfasst, dem nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzbehörden.

All dies nährt das Misstrauen in den Aufklärungswillen von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden. Offenbar hat die eine oder andere Behörde ein Interesse daran, eigene Fehler und Versäumnisse zu vertuschen, weil man vielleicht doch deutlich dichter an der Zwickauer Zelle dran war, als man es heute zugeben will.

Tatsächlich hat es im unmittelbaren Umfeld der [1998 abgetauchten Jenaer Neonazis Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt](#) gleich eine Handvoll staatlicher Spitzel gegeben. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern

hatten mindestens [vier V-Leute und Informanten in der Neonazi-Vereinigung »Thüringer Heimat-schutz« \(THS\), der auch die späteren mutmaßlichen Rechtsterroristen angehörten.](#)



[Bekannt war bereits, dass mit Tino Brandt der Anführer des THS zwischen 1994 und 2001 mit dem Thüringer Verfassungsschutz \(LfV\) zusammengearbeitet hatte.](#) Brandt hielt das Amt über die Aktivitäten der Unterstützer des flüchtigen Trios auf dem Laufenden und leitete auch Geld aus dem LfV an die drei Neonazis weiter. Mit den Summen wollten die Verfassungsschützer angeblich die Gesuchten aus ihrem Versteck locken. Der obskure Plan, wenn er denn überhaupt in dieser Form existiert hatte, schlug jedoch fehl.

Offenbar aber war Brandt alias V-Mann »Otto« nicht der einzige Spitzel des Erfurter Landesamtes im THS. Dass das LfV dort noch eine weitere nachrichtendienstliche Quelle führte, legt ein Verfassungsschutzbericht nahe. Darin heißt es, ein Kontaktmann des untergetauchten Trios habe am 26. April 2000 »die Vertrauensperson des LfV Thüringen (gebeten), einen Kontakt zu einer der Familien der Untergetauchten herzustellen«. Dazu sollte ein Mobiltelefon an ein Elternteil übergeben werden. Tino Brandt alias »Otto« bestreitet vehement, jener V-Mann gewesen zu sein, der seinerzeit Kontakt mit den Eltern aufnehmen sollte. Ein solcher Vorgang sei ihm nicht bekannt, er sei auch nie in dieser Sache angesprochen worden, weil er die Eltern gar nicht gekannt habe, beteuert er.

Neben dem LfV Thüringen spielt auch das sächsische VS-Amt eine bislang recht undurchsichtige Rolle im Fall der NSU. Schließlich hielten sich die NSU-Aktivisten, unterstützt von einschlägig bekannten und zeitweise observierten sächsischen Neonazis, mehr als elf Jahre im



Tödliche Schüsse in Buckow



Freistaat versteckt und organisierten von dort aus ihre Mordtaten. Das LfV in Dresden will von alldem nichts bemerkt haben, obwohl das Amt im Umfeld des Trios jahrelang hartnäckig recherchierte und dort offenbar auch eigene nachrichtendienstliche Quellen führte.

Doch auch mindestens zwei Bundesbehörden hatten eigene Quellen im Thüringer Heimatschutz. So liegen dem Erfurter Innenministerium Informationen vor, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) einen eigenen V-Mann im THS geführt haben soll. Entsprechende Erkenntnisse hatte das LfV dem Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) übermittelt. Über die Identität dieses V-Manns und die Dauer seiner Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst ist noch nichts bekannt.

Offengelegt wurde durch einen Ermittlungsbericht des BfV vom 12. Dezember vergangenen Jahres hingegen, dass auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) eine »Vertrauensperson« im THS geführt hatte. Der MAD hat das inzwischen auch bestätigt. Angeblich habe man den Einfluss extrem rechter Personen auf die Bundeswehr damit im Blick behalten wollen.

In dem Verfassungsschutz-Bericht wird auf einen Hinweis zum angeblichen Tod der drei flüchtigen Neonazis im Dezember 1999 eingegangen. Am Rande einer Schulabschlussfeier in Bad Blankenburg hatte demnach ein LKA-Beamter fälschlicherweise behauptet, Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt seien auf Kreta tot aufgefunden worden. Ohrenzeuge dieser Äußerung wurde dem Bericht zufolge eine nachrichtendienstliche Quelle des MAD, die offenbar direkten Zugang zur Führungsspitze des THS hatte. Denn im BfV-Bericht heißt es dazu: »Am folgenden Tag sei die Vertrauensperson des MAD von dem THS-Führungsaktivisten B. hierzu befragt worden.«

Bereits im vergangenen Dezember war bekannt geworden, dass eine V-Person des MAD kurz nach dem Abtauchen des Neonazi-Trios 1998 dessen neuen Aufenthaltsort an eine Außenstelle des Dienstes in Leipzig gemeldet hatte. Die Information sei seinerzeit jedoch nicht an den Verfassungsschutz weitergeleitet worden.

LfV, BfV, MAD – in diesem Reigen der Geheimdienste rund um die rechte Terrorgruppe NSU fehlt eigentlich nur noch der Bundesnachrichtendienst (BND). Der ist laut Gesetz nur für die Auslandsaufklärung zuständig. Und doch gibt es einen Hinweis darauf, dass auch der BND im Fall der Zwickauer Terrorzelle mitgemischt haben könnte. So hatte ein Beamter der Polizeidirektion Gotha gegenüber Vertrauten erzählt, dass ihn nach dem Auffinden der Leichen von Mundlos und Böhnhardt im ausgebrannten Wohnmobil am 4. November letzten Jahres zwei Männer aufgesucht hätten. Sie stellten sich als Mitarbeiter von BND und MAD vor und ließen sich über die Vorgänge in Eisenach und dem nahegelegenen Dorf Stregda informieren. Der MAD verweigerte auf Anfrage eine Auskunft dazu, der BND brauchte drei Tage, um die Aussage des Polizeibeamten zu dementieren. Der Beamte darf sich inzwischen nicht mehr äußern – er ist in die Sonderkommission »Trio« des BKA übernommen worden.

[Andreas Förster ist freier Journalist in Berlin und arbeitet für die Berliner Zeitung und die Frankfurter Rundschau. Er ist Autor mehrerer Bücher über Geheimdienste.](#)

Quelle: Antifaschistisches Info Blatt 94 / 1.2012

Vom Ablauf des Mordes an dem 22. Jährigen Burak B. im Ortsteil Buckow ergibt sich folgendes Bild. Es ist 1:15 Uhr am Morgen des 5. April als Burak mit vier Freunden auf dem Gehweg der Rudower Straße zusammensteht. Ohne Vorwarnung tritt ein Mann mit schwarzem Kapuzenpullover an die Gruppe heran und eröffnet das Feuer. Burak wird fünf Mal getroffen und stirbt wenig später im nahe gelegenen Krankenhaus Neukölln. Der Unbekannte im Kapuzenpullover scheint sich in der Gegend auszukennen. Er flüchtet nach seiner Tat in eine Grünanlage und verschwindet in der beschaulichen Wohnsiedlung. Die Suche nach ihm verläuft bis heute ergebnislos.

Die Familien von allen fünf jungen Männern in der Rudower Straße haben einen so genannte Migrationshintergrund. Fünf Monate nach dem Bekanntwerden der bundesweiten, rassistischen Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung wenig geändert. Trotz deutlicher Parallelen in Tatausführung und Opferausswahl ist von einer Sensibilisierung für einen rassistischen Hintergrund nichts zu spüren. Die Eltern von Burak erfahren nicht von der Polizei, sondern von Bekannten vom Tod ihres Sohnes. In den Medien wird schnell über kriminelle Verstrickungen von Burak oder eine Eifersuchtstat als Motiv spekuliert. Die Thesen erweisen sich als haltlos.



Unter großer Anteilnahme wird Burak beigesetzt. Verwandte und Bekannte organisieren drei Wochen nach der Tat einen Trauermarsch mit etwa 250 Menschen durch Neukölln. Die öffentliche Aufmerksamkeit schwindet schnell. [Fünf Monate nach dem Mord ist der Mörder noch nicht gefasst. Ein anderes Motiv als ein rassistisches ist nicht ersichtlich.](#)

Die Neuköllner Chronik

Hinschauen! Auszug rechter Gewalt in Neukölln

23.08. Fritz-Reuter-Allee

Ein 17-jähriges Mitglied des Jugendverbandes „Falken“ wird auf Nachhausweg von einem verummumten Neonazi von hinten angegriffen, nachdem er einen rechten Aufkleber auf einer Straßenlaterne überklebt hatte. Der Täter beleidigt ihn zunächst mit gegen Linke gerichteten Parolen und bedroht ihn. Schließlich schlägt er dem Jugendlichen ins Gesicht und gegen den Kopf. Der 17-Jährige wird anschließend mit einer Gehirnerschütterung und einer Schädelprellung im Krankenhaus behandelt. Mitglieder der „Falken“ wurden in der Vergangenheit immer wieder zum Ziel von neonazistischen Angriffen. So wurden im letzten Jahr zwei Brandanschläge auf die „Falken“-Einrichtung Anton-Schmaus Haus in Britz verübt.

14./15.08.12 Wildhüterweg / Alt-Rudow

Im Bereich vom Wildhüterweg bis zur Gerlinger Straße werden etwa 80 Plakate mit Neonazi-Parolen an Stromverteilerkästen, Abfallbehälter und Litfaßsäulen geklebt. Auch in der Gegend um Alt-Rudow tauchen vereinzelt Plakate auf.

21.08.12 Sonnenallee

Eine Frau beleidigte gestern Vormittag eine Mutter und deren Kinder in Neukölln und besprühte einen Jungen mit Reizgas. Die Frau wartete gegen 10 Uhr 30 mit ihren beiden Söhnen auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Sonnenallee, als sich die Unbekannte ausländerfeindlich echaufferte. Plötzlich ging sie auf die Familie zu und sprühte dem Sechsjährigen Reizgas ins Gesicht. Anschließend stieg die Frau in eine S-Bahn und fuhr davon. Der Kleine musste in einem Krankenhaus ambulant wegen Reizungen an Augen und an den Atemwegen behandelt werden. Seine Mutter und der Bruder kamen mit dem Schrecken davon. Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes hat die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung übernommen.

15.08.12 Gropiusspassagen

Am Nachmittag werfen Neonazis Zettelchen mit rechten Parolen vom Parkdeck des Einkaufszentrums in der Johannisthaler Chaussee.

17./18.07.12 Hufeisensiedlung/Parchimer Allee

Erneut kommt es zu einer Attacke gegen die Wohnung einer Familie, ein Fenster wird mit Steinen eingeworfen. Die Tat steht im Zusammenhang mit mehreren ähnlichen Vorfällen in jüngerer Vergangenheit, bei denen u.a. der Briefkasten gesprengt, die Scheiben wiederholt eingeworfen und Bewohner_innen bedroht wurden. (Siehe Einträge 03./04.06.12, 13.09.11 und 19.11.11) Am U-Bhf Parchimer Allee wird ein Imbiss mit rassistischen, neonazistischen Parolen und NS-Symbolen besprüht. Entlang der Parchimer Straße Richtung Buschkrugallee werden NPD-Plakate mit rassistischem Inhalt geklebt.

Die gesamte Chronik gibt es hier:
<http://antifa-neukoelln.net/chronik>

Terminhinweis

Seit 20 Jahren kämpfen (autonome) Antifaschist_innen um die Erinnerung an Silvio Meier. Der Friedrichshainer Antifaschist und Hausbesetzer wurde am 24.11.1992 von einer Gruppe Neonazis erstochen, nachdem er sie aufgefordert hatte, ihre aufgenähte faschistische Propaganda zu entfernen. Jährlich findet seither die Silvio-Meier-Demonstration statt, eine Gedenkmahnwache und in diesem Jahr wird – nun ganz offiziell – eine Straße nach Silvio-Meier benannt.

Die Gefahr, welche von Faschisten ausgeht, ist ungebrochen. Die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ sind hierbei nur der traurige Höhepunkt von insgesamt 183 Opfern rechter Gewalt seit 1990. Besonders perfide erscheint das blutige Treiben des Nazitrios deshalb, weil der Verfassungsschutz in die Machenschaften des NSU verstrickt war, diesen mitfinanzierte und sich heute im Schreddern von Akten im großen Stil übt. Auch die Polizei dachte während der Mordserie an insgesamt 9 Migranten nicht daran, im Nazimilieu zu ermitteln; stattdessen war die Sonderkommission schon durch ihre Bezeichnung („Bospurus“) rassistisch aufgeladen. Nach der Logik deutscher Polizeibeamter konnten sich die „Döner-Morde“ nur im „migrantischen Drogenmilieu“ abgespielt haben. Eine durchaus vorteilhafte Herangehensweise für den NSU, da ein Weiteragieren erheblich erleichtert wurde.

[Zum 20-jährigen Gedenken an Silvio-Meier und zahlreiche weitere Opfer rechter Gewalt rufen wir euch daher bundesweit auf, am 24.11. mit uns in Berlin auf die Straße zu gehen.](http://www.silvio-meier.tk)

<http://www.silvio-meier.tk>
www.antifa.de

Aktiv gegen Neonazis im Bezirk:

Autonome Neuköllner Antifa
www.antifa-neukoelln.net

Kampagne: „Neukölln gegen Nazis“
www.neukoelln-gegen-nazis.de

Antifa Recherche Neukölln
www.antifa-recherche-neukoelln.de.vu

Projektraum Neukölln
www.projektraum.h48.de

Stadtteilladen Lunte
www.dielunte.de

Anton-Schmaus-Haus
www.falken-neukoelln.de

Galeria Olga Benario
www.galeria-olga-benario.de

Links und Adressen

Kampagne „Nazis auf die Pelle rücken“
www.antifa-berlin.info

Kampagne „Zeit zu handeln!“
www.zeitzuhandeln.antifa.cc

Opferberatung Reachout
www.reachoutberlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
www.mbr-berlin.de

Antifaschistisches Presse und Bildungsarchiv
www.apabiz.de

Antifaschistisches Infoblatt
www.antifainfoblatt.de